§ 11. Diese Anordnungen treten am 1. April 1903 in Kraft; an demselben Tage treten die Ortsstatute vom 17. und 18. August 1892 betreffend die Einführung des Schlachtzwanges, sowie betreffend die Untersuchung des in das öffentliche Schlachthaus gelangenden Schlachtviehs und des nicht im öffentlichen Schlachthause ausgeschlachteten frischen Fleisches außer Kraft.

Harburg, den 27. März 1903.

Der Magistrat.
Denicke.

* * *

14. Gemeindebeschluss,

betr. die Errichtung einer Freibank im städtischen Schlachthause zu Harburg.

§ 1. In Gemäßheit der §§ 8—10 des Ausführungsgesetzes zum Schlachtvieh- und Fleischbeschaugefesse vom 28. Juni 1902 wird auf dem städtischen Schlachthofe zu Harburg vom 1. April 1903 ab eine besondere Verkaufsstelle — Freibank —

- a) für bedingt taugliches Fleisch, das zum Genuße für Menschen brauchbar gemacht,
- b) für Fleisch, das zwar zum Genuße für Menschen tauglich, jedoch in seinem Nahrungs- und Genußwert erheblich herabgesetzt ist,

errichtet.

§ 2. Der Verkauf des Freibankfleisches darf nur zum Verbrache im eigenen Haushalte oder an solche Gast-, Schank- und Speisewirte erfolgen, denen eine Genehmigung nach Maßgabe des § 11 Absatz 2 des Reichsgesetzes, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischschau, erteilt ist.

Der Verkauf darf nur in Quantitäten von höchstens 3 Kilo an einen Käufer an einem und demselben Tage erfolgen.

§ 3. An Gebühren für die Benutzung der Freibank werden erhoben:

1. für ein Stück Großvieh	2 Mk. 50 Pfg.
2. " " " Kleinvieh	1 " — "
3. " Fleischteile pro Kilo	— " 03 "

Harburg, den 27. März 1903.

Der Magistrat.
Denicke.

* * *

15. Freibank-Ordnung.

Auf Grund der §§ 5 und 6 der Königlichen Verordnung über die Polizeiverwaltung in den neu erworbenen Landesteilen vom 20. September 1867 und der §§ 143 und 144 des Landesverwaltungsgefesse vom 30. Juli 1883 sowie auf Grund der §§ 8 bis 10 des Gefesse, betreffend die Ausführung des Schlachtvieh- und Fleischbeschaugefesse vom 28. Juni 1902 wird unter Zustimmung des Magistrats nachstehende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1. Die auf dem städtischen Schlachthofe errichtete Verkaufsstelle für minderwertiges Fleisch, d. h.

- a. für bedingt taugliches Fleisch, das zum Genuße für Menschen brauchbar gemacht ist, und
- b. für Fleisch, das zwar zum Genuße für Menschen tauglich, jedoch in seinem Nahrungs- und Genußwert erheblich herabgesetzt ist,

steht unter polizeilicher Aufsicht und führt die Bezeichnung „Freibank“.

Es darf dort nur nicht bankwürdiges Fleisch verkauft werden, und zwar sowohl solches, welches im hiesigen Schlachthause ausgeschlachtet ist, als auch solches, welches von auswärts eingeführt und bei der Untersuchung im Schlachthause als nicht bankwürdig befunden worden ist.

Das nicht bankwürdig befundene Fleisch wird als solches besonders gekennzeichnet (abgestempelt).

§ 2. Die Entscheidung, ob Fleisch als nicht bankwürdig auf die Freibank zu verweisen ist, erfolgt durch den Schlachthausinspektor bezw. dessen Vertreter. Gegen

diese Entscheidung kann der Eigentümer oder Besitzer des Tieres oder Fleisches innerhalb 24 Stunden Beschwerde bei der Polizeidirektion und deren Entscheidung weitere Beschwerde bei dem Regierungspräsidenten in Lüneburg erheben.

Entstehen durch eine zweite Untersuchung Kosten, so hat dieselben der Beschwerdeführer zu tragen, falls die Entscheidung des Schlachthausinspektors bestätigt wird.

§ 3. Der Verkauf des Fleisches auf der Freibank findet unter Aufsicht eines Beamten der Schlachthausverwaltung statt.

Der Eigentümer bezw. Besitzer des Fleisches hat das zum Aushauen und zum Verkauf desselben erforderliche Personal selbst zu stellen, sofern dies nicht seitens der Schlachthausverwaltung geschieht. Im letzteren Falle sind die hieraus erwachsenen besonderen Kosten zu erstatten.

§ 4. Den Preis des Fleisches kann der Eigentümer bezw. Verkäufer selbst bestimmen, jedoch muß derselbe mindestens $\frac{1}{4}$ unter dem gewöhnlichen Ladenpreise bleiben.

Der so bestimmte Preis sowie der Umstand bezw. die Krankheit, wegen deren das Fleisch als nicht bankwürdig erkannt wurde, und die Gattung und das Geschlecht des Tieres, von dem das Fleisch herrührt, müssen auf der hierzu bestimmten im Verkaufslotale angebrachten Tafel den Käufern bekannt gegeben werden. Außerdem wird der Verkauf durch die Schlachthausverwaltung auf Kosten des Eigentümers bezw. Verkäufers des Fleisches durch das Kreisblatt veröffentlicht.

§ 5. Der Verkauf des Fleisches darf nur zum Verbräuche im eigenen Haushalte des Erwerbers oder an solche Gast-, Schank- und Speisewirte erfolgen, denen eine Genehmigung nach Maßgabe des § 11 Absatz 2 des Reichsgesetzes, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischschau erteilt ist.

Der Verkauf des Fleisches darf nur in Quantitäten von höchstens 3 Kilo an einen Käufer an einem und demselben Tage stattfinden.

§ 6. Nach beendigtem Verkaufe hat der Verkäufer für die gründliche Reinigung des Lokales und der Utensilien zu sorgen, widrigenfalls die Reinigung auf seine Kosten erfolgt.

§ 7. Gehört das Fleisch, das seiner Beschaffenheit wegen auf die Freibank verwiesen werden mußte, Jemandem, der nicht gewerbmäßiger Schlachter, Fleischhändler, Wurstmacher, Gast-, Schank- oder Speisewirt ist, so kann es demselben, sofern dies gesetzlich zulässig ist, gegen eine schriftliche Versicherung, daß er es lediglich im eigenen Haushalt verwendet, abgestempelt herausgegeben werden. Der Schlachthausinspektor hat hiervon in jedem einzelnen Falle der Polizeidirektion Mitteilung zu machen.

§ 8. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden, soweit nicht die Strafbestimmungen des Reichsgesetzes betreffend die Schlachtvieh- und Fleischschau vom 3. Juni 1900 in Anwendung kommen, mit Geldstrafe bis 30 Mk., im Nichtbeitreibungsfalle mit entsprechender Haft bestraft.

§ 9. Diese Polizeiverordnung tritt am 1. April 1903 in Kraft.

Harburg, den 27. März 1903.

Die Polizei-Direktion.
Wegener.

* * *

16. Auszug aus der Ordnung,

betr. die Erhebung von Gebühren für das städtische Abfuhrwesen in der Stadt Harburg,
vom 16. November 1894.

§ 1. Für die stadtseitig erfolgende Entleerung und Reinigung der nach § 2 der Polizei-Verordnung vom 6. August 1887 in der Stadt Harburg zur Aufbewahrung fester menschlicher Auswurfstoffe dienenden, im Eigentum der Stadt Harburg stehenden Kübel haben die Hausbesitzer, in deren Häuser solche Kübel in Benutzung sind, Gebühren an die hiesige Kämmereikasse zu entrichten.

§ 2. Die Gebühren betragen 1) für einmalige wöchentliche Entleerung eines Kübels 9 Mk. jährlich, 2) für zweimalige wöchentliche Entleerung eines Kübels 18 Mk. jährlich.

§ 3. Die Gebühren sind in vierteljährlichen Raten zu entrichten und werden im ersten Monate eines jeden Vierteljahrs von den Hauseigentümern eingefordert.